

Resolutionsantrag

der Abgeordneten Mag.^a Suchan-Mayr

zum Antrag der Abgeordneten Hinterholzer, Moser, Dipl.-Ing. Dinhobl, Mag. Hackl, Kasser und Balber betreffend NÖ Seuchenvorsorgeabgabegesetz, NÖ Landes- und Gemeinde-Verwaltungsabgabengesetz, NÖ Gebrauchsabgabengesetz 1973 – Änderungen, Ltg.-2248/A-1/157-2022

betreffend: Auf Bevölkerung und Unternehmen schauen – Aussetzen der CO₂ Steuer bis sich das Preisniveau stabilisiert hat!

Im August 2022 ist die Inflationsrate laut Statistik Austria in Österreich auf 9,3 Prozent gestiegen. Mit diesem Plus von 9,3 Prozent haben die Verbraucherpreise im August 2022 die höchste Teuerungsrate seit 47 Jahren, genauer: seit Februar 1975 erreicht.

Auch der Österreichische Energiepreisindex (EPI) bekräftigt diesen immensen Preisanstieg. Im Jahresvergleich Juli 2022 zu Juli 2021 stieg der EPI um 48,8 Prozent. Preistreiber sind hier vor allem Erdgas mit einem Anstieg von 72,7 Prozent, Heizöl mit 108,5 Prozent sowie Diesel mit 66,4 Prozent im Jahresvergleich Juli 2022 zu Juli 2021. Zur Klarstellung: laut dem Bundesministerium für Klimaschutz liegt der Dieselpreis zum Stichtag bei 2,01 Euro, wohingegen er am 26.07.2021 noch bei 1,243 Euro lag. Somit stieg der Dieselpreis binnen eines Jahres um satte 61,7 Prozent.

Auch Gas und Heizöl sind von der neuen Steuer betroffen, sodass auch das Heizen für viele Haushalte in (Nieder-)Österreich teurer wird. Durch die ohnehin schon immens gestiegenen Energiepreise und auch durch die nur eingeschränkte Möglichkeit der Umstellung auf alternative Heizsysteme, stellt die neue Steuer eine Mehrfachbelastung für die Familien dar. Bereits aus diesem Grund wäre es verantwortungslos, die Österreicher*innen mit der Einführung der CO₂-Steuer bereits im Oktober weiter zu belasten.

Das wird sich auch auf die Spritpreise an den Zapfsäulen und bei den Heizkosten niederschlagen. Diesel würde dadurch ab Oktober 2022 laut WIFO-Expert*innenberechnungen um 8,8 Cent und Benzin um 7,7 Cent pro Liter teurer werden. Bis 2026 soll der CO₂-Preis jährlich bis 55 Euro pro Tonne CO₂ angehoben werden, womit die Preise für Benzin bzw. Diesel somit um 14,1 bzw. 16,2 Cent pro Liter steigen werden. Gas und Heizöl werden um 13,4 bzw. 17,9 Cent pro Kubikmeter bzw. Liter teurer.

Auch die Lage in der Wirtschaft spitzt sich immer mehr zu. Gerade die Klein- und Kleinstunternehmen können sich die hohen Treibstoffpreise und die stark angestiegenen Kosten für Fahrzeuge und Ersatzteile nicht mehr leisten. Bereits jetzt müssen die Unternehmen steigende Preise an die Kund*innen weitergeben, um überhaupt noch fahren zu können. Aber nicht alle Unternehmen können die steigenden Preise weitergeben. Oft sind insbesondere kleine Transportunternehmen an fixe Jahresverträge gebunden und werden von großen Auftraggeber*innen unter Druck gesetzt. So wurde schon vor der Krise der Preis gedrückt – mittlerweile sind die Auswirkungen insbesondere für EPU & KMU existenzbedrohend.

Die Bundesregierungsfraktionen haben im Sommer schon einmal erkennen müssen, dass es auf Grund der steigenden Energiepreise geboten ist, die Steuer zumindest zu verschieben, weshalb im Juni 2022 der Einföhrungstermin um ein Quartal von Juli auf Oktober 2022 verschoben wurde. Begründet wurde dies zusammengefasst damit, dass bei Beschlussfassung der ökosozialen Steuerreform das Ausmaß des Anstieges der Energiepreise noch nicht in vollem Umfang absehbar war und sozial- und standortpolitische Herausforderungen, die sich durch die Energiepreissituation ergeben, berücksichtigt werden müssen.

Die Energiepreissituation und die sozial- und standortpolitischen Herausforderungen bestehen immer noch, schlimmer noch, sie sind durch das beharrliche Nicht-Handeln der Bundesregierung nicht besser geworden. Alle beschlossenen Maßnahmen der Bundesregierung wirken nicht auf die Preise, sondern sollen allenfalls das verfügbare Einkommen durch Einmalzahlungen punktuell erhöhen, das wirkt aber nicht auf Dauer. Keine einzige Maßnahme der ÖVP/Grünen hat zu einer Preissenkung geführt, im Gegenteil, das Festhalten an der Einföhrung der CO₂-Steuer wird die Energiepreise für die Konsumenten neuerlich in lichte Höhen anheben.

Statt die breite Bevölkerung durch das Festhalten an der CO₂-Steuer ab Oktober 2022 zur Kasse zu bitten und die allgemeine Rekordinflation noch zusätzlich zu erhöhen, könnte der Finanzminister als Gegenfinanzierungsmaßnahme die geplante Körperschaftsteuersenkung absagen, die exorbitanten Krisengewinne der Energiekonzerne durch eine längst fällige Übergewinnsteuer abschöpfen und die Reichsten durch eine Millionärssteuer für Vermögen und Erbschaften ab einer Million Euro sowie die Krisengewinnler endlich an der Finanzierung des Staatshaushaltes und damit der Krisenkosten beteiligen. Damit kann die CO₂-Steuer jedenfalls so lange verschoben werden, bis wieder Normalität am Energiemarkt eingekehrt ist, und die Preise auf Vorkrisenniveau gesunken sind. Bei einer Rekordteuerung durch eine von

der ÖVP gemeinsam mit den Grünen erfundenen neuen zusätzlichen Steuer die Preise noch weiter hinaufzutreiben, ist sozial- und wirtschaftspolitisch nicht einmal mit dem viel strapazierten Hausverstand begründbar.

Die CO₂ Steuer muss daher mindestens so lange aufgeschoben werden bis sich das Preisniveau wieder stabilisiert hat. Bis dahin trägt die CO₂ Steuer weniger zur Lenkung des CO₂ Ausstoßes, als zur Existenzbedrohung tausender österreichischer Haushalte, EPU und KMU bei. Wir fordern daher die Aussetzung der CO₂ Steuer bis zu dem Zeitpunkt an dem sich das Preisniveau der Treibstoffkosten normalisiert hat, was laut Expert*innenmeinung noch eine geraume Zeit dauern wird.

Die Gefertigte stellt daher den

Antrag

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert an die Bundesregierung, insbesondere an den Finanzminister heranzutreten und darauf hinzuwirken, dass dem Nationalrat umgehend ein Gesetzespaket vorgelegt wird, mit welchem die Einführung der neuen CO₂-Steuer im NEHG 2022 zur Dämpfung der Rekordinflation solange nicht in Kraft gesetzt wird, bis sich die Energiepreise wieder auf das Vorkrisenniveau normalisiert haben.“